



Haushalt 2023 – Einzelplan 23, BMZ

Schwerpunkte der AG Globale Entwicklung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Die **Mittel für Ernährungssouveränität müssen deutlich erhöht werden**. Die Bundesregierung hat 880 Mio. € für den Kampf gegen den weltweiten Hunger versprochen. Titel mit einem Bezug zu Ernährungssicherheit wurden sehr stark gekürzt. Das Welternährungsprogramm wurde zum Beispiel um 60% von 70 auf 28 Mio. € gekürzt. Die Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger soll um 150 Mio. € bzw. knapp 25% gekürzt werden.
- **Klima- und Biodiversitätsfinanzierung sind für uns Grüne zentrale Punkte**, die leider immer noch deutlich zu gering sind. Für 2023 sind etwa 4,3 Mrd. € für internationale Klimafinanzierung geplant. Das ist fern von dem Ziel von 6 Mrd. € bis 2025, zu dem sich Deutschland verpflichtet hat. Notwendig wäre deutlich mehr.
- Die Krisen betreffen Frauen besonders stark. Wir wollen eine **feministische Entwicklungspolitik**, und das muss sich im Haushalt widerspiegeln. Derzeit sind die Anteile an Projekte mit Geschlechtergerechtigkeit als Nebenziel (GG1) und Hauptziel (GG2) zu niedrig. Wir fordern mittelfristig mindestens 85% für GG1-Projekte und 10% für GG2, wie im EU-Genderaktionsplan (GAP) empfohlen. Das BMZ hat versprochen, bis Oktober einen Plan für einen Aufwuchspfad vorzulegen.
- Wir halten es für ein falsches Signal, dass die Mittel zur **Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur** auf 576 Mio. € gekürzt werden sollen (35% weniger als 2022).
- Genauso wie zahlreichen NROs ist es uns wichtig, dass die 5 Mrd. € aus dem Vorsorgetitel für globale Krisenbekämpfung im EP 60 nicht nur für kurzfristige Zwecke genutzt werden, sondern auch für **strukturpolitische Veränderungen** verwendet werden.
- **Vorsorgemittel aus dem EP 60 müssen frühzeitig der Entwicklungsfinanzierung zugewiesen werden**. Anhand der Größe der vielen Krisen unserer Zeit müssen wir weitere fiskalpolitische Spielräume schaffen. Denn die Folgekosten dieser Krisen werden noch teuer.
- **Das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben für Verteidigung und für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit muss korrigiert werden**, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte 1:1-Regelung einzuhalten.
- Es bedarf einer **langfristigen und stabilen Planung** für alle Titel, statt einer fortschreitenden Kürzung.



Übersicht zum EP 23/Haushalt 2023 (Regierungsentwurf)

Barmittel (BMZ-Etat)

BMZ-Etat	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Soll)	2023 (Soll)
Ausgaben in Mrd. Euro	10,145 Mrd. €	12,434 Mrd €	12,434 Mrd. €	12,350 Mrd. € (+ 1 Mrd. € E-HH)	11,080 Mrd. €
Veränderung zum Vorjahr	+ 7,5 %	+ 22,6%	+ 0%	- 0,6%	- 10,3% (bzw. -17% verglichen mit E-HH)
Veränderung in Euro (gerundet)	+ 704 Mio. €	+ 2,289 Mrd. €	+ 0 Mio. €	- 84 Mio. €	-1,270 Mrd. € (bzw. -2,27 Mrd. € verglichen mit E-HH)

E-HH: Ergänzungshaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

	2022	2023	2024	2025	2026
Finanzplanung BMZ-Etat	12,35 Mrd. €	11,08 Mrd. €	10,69 Mrd. €	10,58 Mrd. €	10,39 Mrd. €

Detaillierte Anmerkungen (inkl. Einordnung aus der Zivilgesellschaft):

- Der Etat des **BMZ soll 2023 um 1,27 Mrd. €** im Vergleich zum Vorjahr **senken**. Die Verpflichtungsermächtigungen (Mittel, die in kommenden Jahren verbindlich ausgegeben werden sollen) betragen insgesamt 10,8 Mrd. €.
- Die Mittel für Ernährungssouveränität sollen laut Regierungsentwurf sehr stark gekürzt werden. Das Welternährungsprogramm soll zum Beispiel um 60% von 70 auf 28 Mio. € gekürzt werden. Die Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger soll um 150 Mio. € bzw. 25% gekürzt werden.
- Für globale krisenbedingte Mehrausgaben ist eine Vorsorge von **5 Mrd. €** im EP 60 vorgesehen.
- Die Mittel für die **bilaterale Technische Zusammenarbeit** (durchgeführt v.a. von der GIZ) sinken von 1,97 Mrd. € auf 1,825 Mrd. €.
- Die Multilateralen Hilfen zum weltweiten **Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz** (Titel 896 09) sollen nur einen sehr kleinen Zuwachs (+5,6%) erhalten. Gleichzeitig sinken erneut die Mittel für **internationalen Klima- und Umweltschutz** (Titel 687 01) auf 53 Mio. €. 2021 waren es noch 76 Mio. €.
- Ein Zuwachs i. H. v. 17,5 Mio. ist für **entwicklungswichtige Vorhaben privater deutscher Träger** (Soll 2023: 177,5 Mio. €) geplant.



- Die Mittel für die Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft (**PPP**) steigen erneut auf 194 Mio. €. Zahlreiche Evaluierungen (u.a. von DEval) zeigen jedoch, dass diese Vorhaben vergleichsweise wenig zu entwicklungspolitischen Zielen beitragen.
- **Kirchliche Träger** und **Politische Stiftungen** erhalten genau so viel wie 2022. **Kommunen** erhalten 2 Mio. € weniger.
- Die Mittel für die **entwicklungspolitische Bildung** bleiben mit 45 Mio. € konstant.
- Die (freiwilligen) Beiträge an **Organisationen des UN-Systems** und andere internationale Organisationen (Titel 687 01) **halbieren** sich auf 500 Mio. €. Den deutschen Beitrag bei internationalen Vorhaben zu senken halten wir für das falsche Signal.

Kritik/Kommentierung der Zivilgesellschaft (Auszug):

- **VENRO**: kritisiert, dass eine solide und langfristige Politik zur Bewältigung der aktuellen globalen Krisen in diesem Haushaltsentwurf nicht zu erkennen sei. Der Verband kritisiert ebenfalls die Ungewissheit bei der Verteilung der 5 Mrd. € im Vorsorgetitel des EP 60.
- **ONE**: Stephan Exo-Kreischer, Direktor der Entwicklungsorganisation ONE kritisiert: „für Militär ist das Geld da – für Armutsbekämpfung müssen wir wieder um jeden Cent bangen.“ Er erinnert daran, dass „der Koalitionsvertrag ganz klar eine 1:1-Erhöhung der Mittel für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit vorsieht“. Allerdings sollen laut Regierungsentwurf im Haushalt für 2023 die Verteidigungsausgaben im Vergleich zu 2022 um 16 Prozent steigen.
- **Oxfam** kritisiert, dass die Mittel zur Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung in einkommensschwachen Ländern im Bundeshaushalt gar nicht wachsen sollen. Dadurch riskiere die Bundesregierung vor der nächsten UN-Klimakonferenz COP27 das ohnehin angespannte Vertrauensverhältnis zu ärmeren Ländern. Die NRO warnt vor einer Umschichtung von Mitteln aus anderen ebenfalls wichtigen entwicklungspolitischen Bereichen, nur um formal die internationalen Zusagen von einer jährlichen Finanzierung von mindestens 6 Mrd. € ab 2025 zu erfüllen.
- Die **Welthungerhilfe** warnt davor, die finanziellen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zurückzufahren. Denn „die steigenden Nahrungsmittel-, Energie- und Transportpreise haben die ohnehin dramatische Hungersituation verschärft“. Nicht nur eine kurzfristige Krisenreaktion sei nötig, sondern auch eine langfristige Unterstützung zur Bekämpfung von Hunger und Armut.
- Auch **Brot für die Welt** hat im Juni gefordert, dass die Mittel für die deutsche Entwicklungsfinanzierung deutlich steigen müssten: „Angesichts der angespannten Ernährungslage im Globalen Süden braucht es ein anderes Signal.“
- In einem parteiübergreifenden Appell haben der amtierende und die ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter dem Titel „Lasst sie nicht verhungern!“ gemahnt, dass es inmitten wachsender Krisen mehr denn je eine solide Finanzierung der Humanitären Hilfe brauche, um akute Notlagen zu lindern. Gleichzeitig dürfe der Kernhaushalt des BMZ nicht gekürzt werden. Denn gerade jetzt müssten langfristige Strukturen geschaffen werden, die Ernährungssouveränität und Krisenresilienz im Globalen Süden stärken.



Übersicht im Einzelnen zum Regierungsentwurf

(Zahlen sind gerundet)

Bilaterale staatliche Zusammenarbeit			
Titel	Entwurf 2023 (Soll)	Haushalt 2022 (Soll) OHNE Ergänzungshaushalt	Differenz
Förderung von Medien, Zugang zu Information und Meinungsfreiheit in Kooperationsländern	30 Mio. €	32 Mio. €	- 2 Mio. € (-6%)
Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur (sog. Übergangshilfe)	576 Mio. €	879 Mio. €	- 303 Mio. € (-35%)
Finanzielle Zusammen- arbeit mit Regionen	162 Mio. €	170 Mio. €	- 8 Mio. € (-5%)
Bilaterale Technische Zusammenarbeit	1,825 Mrd. €	1,970 Mrd. €	- 145 Mio. € (-7,5%)
Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung	1,5 Mio. € <small>(Ablauf des Programms war bereits geplant)</small>	7 Mio. €	- 5,5 Mio. € (-79%)
Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit – Darlehen	344 Mio. €	263 Mio. €	+81 Mio. € (+31%)
Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit – Zuschüsse	1,949 Mrd. €	1,975 Mrd. €	- 26 Mio. € (-1,3%)
Zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement			
Titel	Entwurf 2023 (Soll)	Entwurf 2022 (Soll)	Differenz
Institutionelle Förderung Engagement Global	34,8 Mio. €	34,8 Mio. €	--
Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft	194 Mio. €	190 Mio. €	+4 Mio. € (+2%)
Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Sozialstruktur	60 Mio. €	60 Mio. €	--
Förderung entwicklungswichtiger	340 Mio. €	340 Mio. €	--



Vorhaben der politischen Stiftungen			
Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen	301 Mio. €	301 Mio. €	--
Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	45 Mio. €	45 Mio. €	--
Förderung kommunales Engagement	31 Mio. €	33 Mio. €	- 2 Mio. € (6%)
Förderung langfristiger Vorhaben der Zivilgesellschaft	50 Mio. €	53 Mio. €	- 3 Mio. € (-5,7%)
Ziviler Friedensdienst	55 Mio.	55 Mio. €	--
Entwicklungspolitischer Austausch und Entsendedienst	47 Mio. €	47 Mio. €	--
Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger	177,5 Mio. €	160 Mio. €	+17,5 Mio. € (+11%)
Multilaterale Zusammenarbeit			
Titel	Entwurf 2023 (Soll)	Entwurf 2022 (Soll)	Differenz
Beiträge an die Vereinten Nationen	506,7 Mio. €	1 Mrd. €	- 500 Mio. € (-50%)
Welternährungsprogramm	28 Mio. €	70 Mio. €	- 42 Mio. € (-60%)
Förderung der internationalen Agrarforschung	35 Mio. €	35 Mio. €	--
Zahlungen an den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	28,6 Mio. €	22,5 Mio. €	+6,1 Mio. € (+27%)
Beitrag an Europäischen Entwicklungsfonds	432,2 Mio. €	566 Mio. €	- 134 Mio. € (-24%)
Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	415 Mio. €	475 Mio. €	- 60 Mio. € (-12,6%)



Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz	830,3 Mio. €	786,4 Mio. €	+43,9 Mio. € (+5,6%)
Zahlungen an Einrichtungen der Weltbankgruppe	887,2 Mio. €	777,3 Mio. €	+ 110 Mio. € (+14,1%)
Zahlungen an die Asiatische Entwicklungsbank	22,96 Mio. €	26,18 Mio. €	- 3,2 Mio. € (-12,2%)
Zahlungen an die Afrikanische Entwicklungsbank	228,3 Mio. €	340 Mio. €	- 112,4 Mio. € (-33%)
Zahlungen an die Karibische Entwicklungsbank	4,1 Mio. €	4,2 Mio. €	- 0,1 Mio. € (-2,4%)
Forschung, Evaluierung und Qualifizierung			
Titel	Entwurf 2023 (Soll)	Entwurf 2022 (Soll)	Differenz
Forschung	10,5	10,5	--
Internationaler Klima- und Umweltschutz	53 Mio. €	56 Mio. €	- 3 Mio. € (-5,4%)
Wiederaufbau und Entwicklung in Namibia	35 Mio. €	35 Mio. €	--
Sonstige Bewilligungen/Sonderinitiativen			
Titel	Entwurf 2023 (Soll)	Entwurf 2022 (Soll)	Differenz
Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger	465 Mio. €	615 Mio. €	- 150 Mio. € (-24,4%)
Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren	420 Mio. €	453 Mio. €	- 33 Mio. € (-7,3%)
Sonderinitiative Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost	27 Mio. € (Ablauf der Initiative war bereits geplant)	42 Mio. €	- 15 Mio. € (-35,7%)
Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung	155 Mio. €	155 Mio. €	--